

klartext

Magazin der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

# Ostdeutschland und DIE LINKE



## In Kürze

Uni schrammt am Skandal vorbei	3
Bundestagsrubrik	3

## Titel

DIE LINKE bleibt Anwalt des Ostens	4
---------------------------------------	---

## Themen

Von Bilanz zu Bilanz	6
¡Vamos allá!	7
Nun sag, wie hast du's mit der DDR	8
Demokratisierung mit Hilfe des Grundeinkommens	10
Von Geld und Bananen	12
Wie unsere Nachbarn Weihnachten feiern	14

## Kolumne

Europa? Europa!	11
-----------------	----

## Satire und Termine

Abgeordneter v. Aktenrath	15
---------------------------	----

## Buchtipp

„Der kleine Bruder“	16
„Keine halben Sachen“	16

## The same procedure as last year?

Am 27. Januar 2008 wählten die Hessinnen und Hessen einen neuen Landtag. Nachdem Roland Koch versucht hatte, zum wiederholten Male mit dem Schüren ausländerfeindlicher Ressentiments auf Stimmenfang zu gehen, bekam er die entsprechende Quittung. Mit deutlichen Stimmenverlusten ging er als der große Verlierer aus diesem Wahlsonntag hervor. Greifbar nahe wurde gleichzeitig eine linke Mehrheit. Mit dem erstmaligen Einzug der LINKEN in das hessische Landesparlament war die Zeit reif für einen Politikwechsel. Ein Jahr später mag man sich verwundert die Augen reiben. Das ‚Superwahljahr 2009‘ wird eingeleitet mit Neuwahlen in... Hessen. The same procedure as last year? Die SPD hat sich in den vergangenen 12 Monaten ‚erfolgreich‘ an der Frage zerlegt, wie man in Zukunft mit der LINKEN umgehen müsse. Und anstatt die sich bietenden Chancen für eine andere Politik zu ergreifen, schreckt sie verzagt zurück vor den Parolen der CDU. Umso deutlicher wurde und wird: eine Politik der sozialen Gerechtigkeit gibt es nur mit der LINKEN, nicht ohne sie. 2009 kann ein Jahr der Richtungsentscheidungen werden. Nicht nur in Hessen – in Kommunen, Ländern, im Bund und in

Europa wird neu gewählt. Gleichzeitig hat der Zusammenbruch der internationalen Finanzspekulationen mit seinen negativen Folgen auf die Gesamtwirtschaft dazu geführt, dass gesellschaftliche Debatten über die Verantwortung von Politik und die Rolle des Staates Hochkonjunktur haben – in einem Maße wie es vor Jahresfrist kaum denkbar schien. Die marktradikale Legende des schlanken Staates ist dahin. Die Rückgewinnung des Öffentlichen steht auf der Tagesordnung. Chance und Herausforderung für DIE LINKE gleichermaßen.

Same procedure as last year? Mehr als einmal wird dieser berühmte Satz aus dem Munde Freddie Frintons auch zum diesjährigen Silvester zu hören sein. Und auf die unvermeidliche Antwort sollten wir frei nach dem Schluss des unvergleichlichen Stückes vielleicht sagen: We will do our very best! Wir werden unser Bestes tun!

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Leserinnen und Lesern, ich wünsche Ihnen und Euch allen ein erholsames Weihnachtsfest, einen guten Start ins Neue Jahr und uns gemeinsam viel Kraft für das Entscheidungsjahr 2009.

| Matthias Höhn

## Zukunft in Sachsen-Anhalt – Leben in Sachsen-Anhalt

Der Parteitag der LINKEN hat im September diesen Jahres ein „Leitbild zur räumlichen Gliederung der Öffentlichen Daseinsvorsorge in Sachsen-Anhalt“ beschlossen. Im Kern geht es um ein politisches Konzept, das ausgeglichene wirtschaftliche, infrastrukturelle, soziale, ökologische und kulturelle Verhältnisse in jeder Region, in jeder Kommune ermöglichen soll.

Dazu gehört auch der Grundsatz der demokratischen Beteiligung aller. Kritisch sieht die LINKE in diesem Fall nicht zuletzt das selbstherrliche Vorgehen, mit dem die Koalition aus CDU und SPD fast ohne parlamentarische Beratung Ende 2007 bereits Weichen für die Landesentwicklung gestellt hat.

**DIE LINKE will mit Ihnen, mit Euch, in das Gespräch kommen, es geht um Per-**

**spektiven im Land, um gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land, um die Zukunft der Daseinsvorsorge in allen Bereichen:**

- Energie- und Wasserversorgung,
- Abfall- und Abwasserentsorgung,
- Wohnungswesen und Verkehr,
- Erziehung, Bildung und Kultur,
- Sport und Erholung,
- Gesundheits-, Kranken- und Wohlfahrtspflege,
- Telekommunikation.

Im Frühjahr 2009 wird die Fraktion DIE LINKE auf Regionalkonferenzen in die Diskussion vor Ort gehen.

**Das Leitbild ist abrufbar unter <http://www.linksfraktion-lsa.de>**

## Impressum

**klartext**  
Magazin der LINKEN in Sachsen-Anhalt  
Herausgeber:

Landesvorstand der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt  
**Redaktion:** Anke Lohmann (Leitung), Martin Reso, Matthias Höhn (V.i.S.d.P.), Monika Krüger, Thomas Drzisga, Matthias Gärtner, Joachim Spaeth, Oliver Müller  
**Druck:** Harzdruckerei, Wernigerode  
**Auflage:** 5.000 Exemplare  
**Preis:** Spende

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 15.11.2008. KLARTEXT erscheint einmal im Quartal. Das Magazin ist erhältlich in allen Geschäftsstellen und Wahlkreisbüros der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt. Für unverlangt eingesandtes Bild- und Textmaterial wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich bei Leserbriefen das Recht Sinn wählender Kürzungen ausdrücklich vor. Vervielfältigung, Speicherung und Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

**Kontakt und Bestellung:** DIE LINKE. Landesvorstand Sachsen-Anhalt, Redaktion KLARTEXT, Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg, Tel.: 0391 7324840, Fax: 0391 7324848, E-Mail: [lgst@dielinke-lsa.de](mailto:lgst@dielinke-lsa.de)

## Universität schrammt am Skandal vorbei

■ Bereits der Zeitpunkt für die Einweihung der Gedenkplatte am Ort der Bücherverbrennung im Mai 1933 in Halle (Saale) war merkwürdig gewählt. Die Entscheidungen und Vorbereitungen innerhalb der Stadt und Universität hatten sich hingezogen, sodass die Feierstunde auf den 9. November 2008 gelegt wurde, den 70. Jahrestag der so genannten Reichspogromnacht 1938. Genau einen Tag später lud die Universitätsleitung erneut zum Festakt ein. 1933 wurde der Universität ihr bis heute geltender Name verliehen, Martin-Luther-Universität. Die Namensgebung im November 1933 geschah unter den Bedingungen der im Januar des Jahres an die Regierung gekommenen NSDAP, die Ernennungsurkunde war von Hermann Göring unterzeichnet, das Gesetz zur „Wiederherstellung des Berufsbeam-

tentums“ bereits in Kraft.

Was hatte die Universität veranlasst, nach dem Gedenken an Reichspogromnacht und Bücherverbrennung das Datum ihrer Umbenennung 1933 als festlichen Akt zu begehen? Man hatte sich entsprechend vorbereitet, d.h. stützte sich in der Einladung zur Veranstaltung auf neuere Forschungen zu den Umständen der Namensgebung. Bereits 1930 war der Uni ihr ursprünglicher Name „Friedrichsuniversität“ aberkannt worden. Die Initiative ging von der Theologischen Fakultät aus; Martin Luther als Namenspatron sollte die Universität vor weiterem Bedeutungsverlust oder gar der Schließung bewahren. Begründet diese Darstellung der damaligen Abläufe hinreichend das Organisieren eines Festaktes mit musikalischer Umrahmung und Festredner? Genau dieser, Jür-

gen John aus Jena, verneinte und führte damit die Veranstaltung in den einzig noch möglichen Rahmen. Dem Anlass entsprechend werde er einen „kritisch-analytischen Vortrag“ halten; er sei nur unter der Zusage gekommen, dass die Veranstaltung nicht als Festakt abgehalten würde. In der Darstellung der damaligen Geschehnisse dürfe nicht unterschlagen werden, dass sie Ausdruck von „Zustimmungspotenzialen und ein Kooperationsangebot“ an die neuen Machthaber waren. Die „nationale Erhebung“, die die Nazis versprochen, sei von vielen gesellschaftlichen Kräften getragen worden, auch von „intellektueller Demokratiefeindlichkeit“ an den Universitäten. Zwei Studierende der AG Antifa/Antira verteilten vor dem Eingang zur Veranstaltung ein Flugblatt, in dem der Festakt skandalisiert wurde. Ihnen wurde das Hausverbot ausgesprochen.

| **Anke Lohmann**

## Berlin in Sachsen-Anhalt - die Bundestagsrubrik

### Eine tote Idee ist am Ende zu wenig

Wie weiße Mäuse im Versuchslabor des Kapitalismus rennen die politischen Parteien rechts der LINKEN einer toten Idee hinterher, die sie gnadenlos im Stich gelassen hat, wie sich nun herausgestellt hat.

Dachten die Sozialdemokraten in den vergangenen Jahren noch, die freie Marktwirtschaft sei zu bändigen -, es müsse lediglich an den richtigen Stellenschrauben gedreht werden - und erfanden mit ihrem „Kanzler der Bosse“ die Agenda 2010 und Hartz IV, so merken sie nun, dass dieser Weg in die Sackgasse oder eben im beschriebenen Laufrad endet. Sie wissen, dass sie das Kapital mit ihrer Politik nicht zu bändigen verstehen und rufen dennoch den Architekten der Markthörigkeit der SPD Franz Müntefering als Vorsitzenden in den Käfig zurück.

Die aktuelle Finanzmarktkrise hat es deutlich zu Tage gefördert: der Kapitalismus, ganz gleich ob er hierzulande „soziale Marktwirtschaft“ genannt wird, ist nicht mehr zu kontrollieren, hat sich längst verselbstständigt. Eilig werden Regierungsmilliarden herbeigefahren, um das Bankensystem am Leben zu erhalten - Milliarden die es zuvor für die

sozial Schwächsten, Kinder, Rentner und Kranke nicht gab.

Doch selbst Konservativen und Liberalen, hierunter sind die Grünen wohl endgültig zu subsumieren, gehen die Antworten aus. Der Aufschwung, der auf Kosten der ArbeitnehmerInnen finanziert wurde, ebbt ab, die Arbeitslosenzahlen steigen wieder. Was bleibt, sind einige hunderttausend Minijobs und eine dadurch geschönte Statistik.

Vor dem Superwahljahr 2009, zahlreiche Landtagswahlen stehen neben Europa- und Bundestagswahlen an, fällt CDU/CSU nicht mehr ein, als eine Neuaufgabe der „Rote-Socken-Kampagne“ zu starten und das Supergedenkjahr Null-Neun hierfür zu missbrauchen.

Diese Orientierungslosigkeit, die besonders in den Wochen der beginnenden Finanzmarktkrise in den Debatten im Bundestag zu beobachten war, führt ironischerweise schließlich dazu, dass von konservativer wie liberaler Seite gleichermaßen Forderungen laut werden, für die DIE LINKE vor wenigen Wochen noch beinahe täglich gesteinigt worden wäre. Deutsche-Bank-Chef Ackermann verzichtet auf einen Teil seines „Gehaltes“ und schon kommt das Echo aus

dem Finanzministerium, dass derlei bei weitem zu wenig sei. Plötzlich wird allerorten über eine Regulierung der Finanzströme diskutiert, und Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy fordert gar eine Verstaatlichung der „Schlüsselindustrien“. Man wundert sich und staunt und begreift dennoch sehr schnell, dass bei alledem aus der aktuellen Krise, einer Krise nicht nur der Finanzmärkte sondern des gesamten Wirtschaftssystems, wenig gelernt wurde. Der LINKEN kommt in dieser Situation nun die Aufgabe zu, über ihre eigenen Konzepte zu diskutieren und sich inhaltlich-programmatisch für die bevorstehenden Auseinandersetzungen 2009 zu rüsten. Ein Zurück zum Sozialstaatsmodell der 70er Jahre kann deshalb keine ausreichende Antwort sein. Diese Erfahrung mussten gerade erst die Sozialdemokraten machen. DIE LINKE will und muss mehr denn je in der Lage sein, Gesellschaft grundlegend zu ändern.



**Jan Korte** ist Mitglied der Fraktion DIE LINKE. im 16. Deutschen Bundestag.

# DIE LINKE bleibt Anwalt des Ostens

■ Wir gehen in ein Bundestagswahljahr, und prompt wachen die Parteien der Regierungskoalition CDU und SPD auf und werden in Sachen Osten aktiv. Die CDU berief im Oktober einen „Perspektivkongress“ nach Dresden ein, und die SPD lässt ihren Kanzleranwärter Frank-Walter Steinmeier in einem Ost-Wahlkreis – im Havelland – kandidieren. Der Ost-Beauftragte der Bundesregierung, Verkehrs- und Bauminister Wolfgang Tiefensee aus Leipzig, wird nicht müde, Erfolgsgeschichten zu erzählen, und selbst Kanzlerin Angela Merkel, die Frau aus dem Osten, die aus ihrer Herkunft sonst keine besondere Verantwortung für den Osten abgeleitet sehen will, sah man auf den Marktplätzen mittlerer ostdeutscher Städte über Pläne für den Osten referieren.

Es wäre schön, kann ich da als Ost-Koordinator der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag nur sagen, wenn das alles wirklich irgendwo Substanz hätte. Die Geschichte der Ostdeutschland-Politik im Bundestag sieht jedoch anders aus. Im Plenum des Bundestages bekam ich bis vor kurzem ständig gesagt, der Aufschwung sei bei den Menschen angekommen. In meinem Wahlkreis in Naumburg, Weißenfels oder Zeitz höre ich überwiegend das Gegenteil. Niedriglohn, Arbeitsuche, steigende Energiepreise u. a. m. bestimmen den Alltag vieler Menschen. Die Leuchttürme, die wir im Süden Sachsen-Anhalts auch haben, können die Schattenseiten der Nachwendezeit nicht überstrahlen.

Dabei haben wir gleich zu Beginn der laufenden Wahlperiode ein Angebot gemacht. Bis 2002 hatte es im Bundestag einen Ausschuss für die Angelegenheiten der Neuen Länder gegeben. Als wir jedoch nur noch durch Gesine Löttsch und Petra Pau im Bundestag vertreten waren, war dieser Ausschuss abgeschafft worden. Nun, 2005, so meinten wir, sollte man diesen Fehler wieder ausbügeln. Die Probleme des Ostens hatten sich mit der Abschaffung des Ausschusses nicht gleich mit abgeschafft – warum also nicht wieder ein Gremium einberufen, in dem die

Ost-Fragen regelmäßig diskutiert werden und zudem der Regierungsbeauftragte für den Osten im parlamentarischen Verfahren ebenso kontinuierlich kontrolliert wird wie alle anderen Ministerinnen und Minister auch? Es kann doch nicht angehen, dass der Osten sowohl parlamentarisch als auch ministeriell nur im Nebenfach abgehandelt wird.

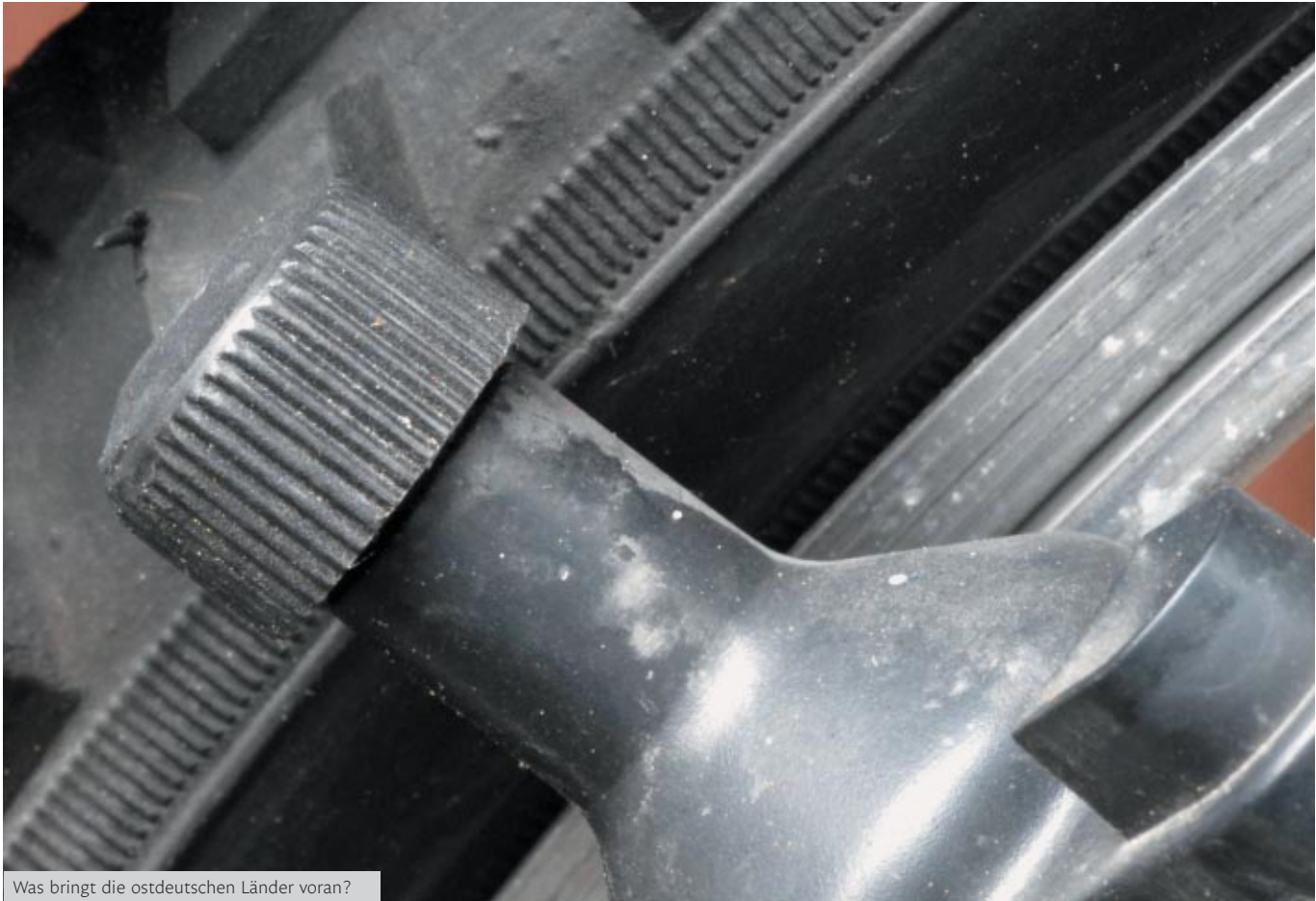
Aber die vier Fraktionen, die den Ausschuss 2002 abgeschafft hatten, lehnten unseren Antrag ab. Nicht nur die Regierungsfaktionen CDU/CSU und SPD waren sich einig, auch FDP und Bündnis 90/Die Grünen stießen ins Horn von der Überflüssigkeit eines solchen Gremiums. Wozu denn, 15 Jahre nach der Herstellung der deutschen Einheit ...

Indes: Auch 20 Jahre nach der Herstellung der deutschen Einheit, also im Jahre 2010 wird es noch schwerwiegende Ost-Probleme geben, und auch 2020 wird das noch so sein, und 2030 wahrscheinlich auch. Und das hat immer weniger mit der Hinterlassenschaft der DDR als vielmehr mit der Nach-Wende-Politik zu tun. In dieser waren sich alle Koalitionen so erstaunlich gleich. Keine hat ostpolitisch einmal das Steuer herumgerissen. Und so ist die Bilanz aus 8 Jahren CDU/CSU/FDP-Regierung (1990 bis 1998), 7 Jahren SPD/Grüne-Regierung (1998 bis 2005) und drei Jahren CDU/CSU/SPD-Regierung (seit 2005) einfach in vieler Hinsicht völlig unbefriedigend: Unter den 50 deutschen Landkreisen mit der schlechtesten Zukunftsprognose liegen 49 im Osten; das Wertschöpfungspotenzial Ostdeutschlands ist um über 30 Prozent niedriger als das Westdeutschlands; die Arbeitslosigkeit ist im Osten doppelt so hoch wie im Westen; die Löhne und Gehälter im Osten liegen bei nur 70 Prozent derer im Westen; die Abwanderung der jungen Leute zwischen 18 und 34 hält unvermindert an; die Ost-Renten sind immer noch nicht an die West-Renten angeglichen. Rechnet man die Leistungskraft der größten 100 ostdeutschen Unternehmen zusammen, kommt nur knapp die Hälfte der Bilanz des Daimler-Konzerns heraus.

Und vor allem: Es gibt – trotz einiger östlicher „Leuchttürme“ – keinerlei Tendenz, dass die Unterschiede geringer werden würden. Und da soll es keiner besonderen Ostdeutschland-Politik bedürfen? Unsere Fraktion DIE LINKE hat im Parlament zahlreiche weitere Anstrengungen für eine Umkehr des Negativtrends unternommen. Wir haben ein Antragspaket aus 17 Einzelanträgen zur Überwindung der Rentenungerechtigkeit eingebracht; wir wollen eine kommunale Investitionszuschüsse, die insbesondere den finanzschwachen ostdeutschen Kommunen zugute kommen würde; wir drängen die Regierung, dass sie endlich ihr im Koalitionsvertrag gegebenes Versprechen, für eine bessere Vermögensausstattung der ostdeutschen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) zu sorgen, erfüllt; wir wenden uns gegen die Lohnungleichheit, wollen eine Konzentration von öffentlichen Mitteln für Forschung und Entwicklung auf den Osten. Wir haben immer wieder auf die Vorteile einer guten Kinderbetreuung im Osten verwiesen und darauf, dass wir bei der Bildungspolitik in der DDR schon mal weiter waren. Daran kann der Westen mittelfristig nicht vorbei. Meist treffen wir mit all dem im Parlament auf taube Ohren. Die Regierung ist ja nicht einmal bereit, dem anachronistischen Zustand, dass noch immer 54 Prozent der Regierungsangestellten in Bonn und nicht in der Hauptstadt Berlin tätig sind, ein Ende zu bereiten. Auch ein solcher Antrag unserer Fraktion wurde abgeschmettert, dennoch: Fortsetzung folgt.

Was aber bedeutet das alles für unsere künftige Arbeit? In den Wahlumfragen des Allensbach-Instituts, in denen regelmäßig neben der Gesamtprognose auch getrennte Prognosen für Ost und West erstellt werden, führt DIE LINKE im Osten mit fast 30 Prozent knapp vor der CDU und deutlich vor der SPD. Ein klareres Zeichen dafür, dass wir als Partei mit spezieller Ostkompetenz wahrgenommen und mit entsprechenden Erwartungen bedacht werden, kann es kaum geben.

Dieser Erwartung gerecht zu werden heißt, neben den hier bereits genannten Anstrengungen neue, weiterreichende Vorschläge einzubringen. Die erarbeiten wir nicht im stillen Kämmerlein. Um öffentlich mit Erfahrungsträgerinnen und Erfahrungsträgern der Ost-Entwicklung im Gespräch sein zu können, habe ich



Was bringt die ostdeutschen Länder voran?

zum Beispiel gemeinsam mit der Ostdeutschland-Referentin unserer Fraktion, Annegret Künzel, und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Abgeordnetenbüros die Gesprächsreihe „Ost-Termin“ entwickelt. Zielgerichtete, der Sicht anderer auf die Ostproblematik nachspürende Besuche in Betrieben, berufsausbildenden Schulen, Institutionen und Verwaltungseinrichtungen gehören ohnehin zum Alltag. Durch die Vergabe von Studienaufträgen an Wirtschafts- und Politikspezialisten haben wir die Datengrundlage für unsere parlamentarische und programmatische Arbeit gefestigt. Und im Auftrag der Fraktionsvorsitzendenkonferenz erarbeitet gegenwärtig eine Forschungsgruppe ein „Leitbild Ost“. Dieses Leitbild soll Überlegungen aus Entwicklungskonzepten, wie sie zum Beispiel in Sachsen und Brandenburg entstanden sind, aufnehmen und zugleich das Gemeinsame im Osten werbend herausstellen.

Denn dies vor allem, denke ich, müssen wir leisten: eine Vision entwickeln, die uns endlich aus dem so deutlich misslungenen „Nachbau West“ des Ostens heraus führt. Wir haben dabei allen Grund, selbstbewusst zu sein. Es ist beileibe

nicht so, dass wir „immer alles schon besser gewusst“ hätten. Aber: Dass Deregulierung und ein unbegrenztes „freies Spiel der Marktkräfte“ statt zu nachhaltiger Entwicklung in die Krise führen, das sagen jetzt fast alle. Im Deutschen Bundestag veralten die Reden der Regierung in einem Tempo, das den Ossi an den Anfang vom Ende der DDR erinnert.

Auch deshalb brauchen wir ein gesellschaftliches Umsteuern. Ostdeutschland – davon sind wir überzeugt – hat das Potenzial, den Einstieg in den sozial-ökologischen Umbau zu vollziehen: in eine wirtschaftliche Entwicklung, die nicht auf Ressourcenzerstörung, sondern Ressourceneffizienz gegründet ist. Die Entwicklung regenerativer Energien, die lokale Selbstversorgung mit Ökostrom, Ressourcen sparende Produktions- und Verkehrsformen – das sind Felder, die Veränderungen vor Ort erbringen, mit denen aber auch neue, zukunftsfähige Märkte erschlossen und somit Arbeitsplätze geschaffen werden können. Schließlich geht es auch um eine neuartige Verbindung von lebenslanger Bildung, Erwerbsarbeit und sozialer Grundsicherung. Wer nach neuer Orientierung sucht, soll das ohne Angst tun. Hier ist viel vom Osten zu lernen.

Das kostet auch Geld, und wer jetzt sagt, es gebe dafür kein Geld, der muss daran erinnert werden, dass zur Rettung der Banken sehr schnell Geld in Mengen zur Verfügung und in Aussicht gestellt worden ist, die alles, was wir bisher an öffentlichen Investitionen und Ausgaben gefordert haben, weit übersteigen.

Politik und Ökonomie sind immer Menschenwerk. Wer will, dass Ostdeutschland eine Zukunft hat, muss dafür auch Geld einsetzen. Aber Geld nicht für einen alten Kurs, sondern Geld für eine Entwicklung, über die die Bürgerinnen und Bürger vor Ort selbst entscheiden können. Sozial-ökologischer Umbau ist zuerst ein Projekt gesellschaftlicher Demokratisierung. Der Wandel muss von unten und von oben in Gang kommen.

In diesem Sinne, meine ich, muss DIE LINKE der Anwalt des Ostens bleiben.

**Roland Claus**

ist der Ost-Koordinator der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag.

# Von Bilanz zu Bilanz

Vorausgesetzt, die Koalition aus CDU und SPD wird in Sachsen-Anhalt über die volle Legislaturperiode arbeiten, so hatte sie am 24. Oktober 2008 Halbzeit – zweieinhalb Jahre waren verstrichen. Es gehört zu den unabänderlichen parlamentarischen Ritualen, zu einem solchen Anlass Bilanz zu ziehen, und weder die Landesregierung noch die Fraktionen im Landtag entzogen sich dem guten Brauch. CDU, LINKE und FDP legten Broschüren vor, die SPD beschränkte sich auf eine mehrseitige Pressemitteilung, von der Landesregierung gab es neben der obligaten Pressemitteilung eine umfangreiche Sammlung von Karteikarten, die das Erfolgsgeschehen zu dokumentieren hatte.

Naturgemäß sind Inhalt wie Form der Präsentation höchst verschieden. Bereits am 3. September 2008 preschte die CDU-Fraktion vor mit der edel gestylten Broschüre „Unsere Referenzen 2006-2008“. Klingt ein wenig nach Industriemesse, sieht auch so aus. Einen Tag später nur ist in der Mitteldeutschen Zeitung zu lesen, die CDU sei zwar zufrieden mit der Koalition, aber dann kommt es dicke: Kampf-hundegesetz, Kommunalreform, kommunaler Finanzausgleich, Bildungskonvent – es hagelt deftige CDU-Schelke an der Koalitionspartnerin SPD. Die legt ihre Selbstdarstellung davon völlig unbeeindruckt am 7. Oktober 2008 (!) vor, eine fünfseitige Presseerklärung, es ist ähnlich wie bei der CDU, nur mit umgekehrten Vorzeichen eben. Allgemeines Lob, detaillierte Kritik, nachzulesen in der Mitteldeutschen Zeitung vom 9. Oktober 2008. Blaue Schrift auf strahlendem gelb – die FDP attestiert bereits Mitte September eine schwarze Pannenstatistik, artig garniert mit Karikaturen von mehr oder minder desolaten Kraftfahrzeugen. Überraschendes auch hier kaum, in der Mitteldeutschen Zeitung vom 16.09.2008 ist nachzulesen, die Koalition stehle der FDP die Ideen. Der Führerschein mit 17 muss dafür erhalten. DIE LINKE landet punktgenau am 24. Oktober 2008, dreigeteilt: Anhand ausgewählter statistischer Daten wird der Regierung samt Koalition im Vergleich mit den anderen ostdeutschen Flächenländern ein „Unter Durchschnitt“ bescheinigt. Blicke ins Innenleben ermöglichen diverse Pressemitteilungen von CDU und SPD, die oftmals zu ein und demselben Thema



Bilanzen allerorten

unterschiedlicher nicht sein könnten. Schließlich werden die eigenen Alternativen dagegen gesetzt, in alphabetischer Folge von Barrierefreiheit bis Wirtschaft. Von „Seifenblasen“ spricht die Mitteldeutsche Zeitung vom 25. Oktober 2008, viele Versprechen von CDU und SPD seien wie solche zerplatzt, wird Fraktionschef Gallert zitiert. Die Volksstimme gibt selbigen Tags eine eher trockene Agenturmeldung zum Thema wieder.

Die Landesregierung ihrerseits präsentiert sich in voller Breite. Genüsslich geradezu berichtet die Volksstimme vom 22. Oktober 2008 von den aufgereihten Kabinettsmitgliedern, die alle brav von ihrem Tun berichteten. Und auch das Ambiente findet – erstaunlich breiten – Raum: Vom barocken, in sanftgelbes Licht getauchten Saal ist die Rede, von Kaffee, Kuchen, Schnittchen, Tee und Saft. Ministerpräsident Böhmer, wie man ihn kennt: „Einzelheiten können Sie ja auf den Karten in dem Pappkarton nachlesen“, empfahl Böhmer. Der „Pappkarton“ hieß bei Regierungssprecherin Monika Zimmermann vornehm „Schuber“. Darin stecken 36 DIN-A-5-Karten, auf denen steht, dass es mit Sachsen-Anhalt vorangeht. „Konflikte allerdings, so die Volksstimme weiter, waren ausgeblendet. Mag sein, sie hätten der Festlichkeit ihren Charme nehmen können. Selbst die Landesvertretung zu Berlin darf für das Bilanzieren herhalten, auch davon wird artig berichtet. Immer-

hin bekräftigt der Ministerpräsident, bis zum Ende der Legislaturperiode im Amt bleiben zu wollen, das ist ja wenigstens einmal eine klare Ansage. Die Mitteldeutsche Zeitung vom selben Tag bewertet alle Mitglieder des Kabinetts, es geht von „Fleißbiene“ bis „Strippenzieher“. Von „bemühter Heiterkeit“, vom „Böhmer-Fanklub“ ist die Rede: „Doch Mimik und Gestik der Ministerriege sprachen bisweilen eine andere Sprache: Blicke ins Leere und ein Ministerpräsident, der während der Erklärungen von Justizministerin Angela Kolb (SPD) mit großem Interesse Karteikärtchen aus einem Schubert mit der Aufschrift ‚Sachsen-Anhalt kommt voran‘ las.“

Nun ist alles wieder vorbei, fast schon vergessen, Halbzeitbilanzen haben eine ausgesprochen geringe Halbwertszeit. Aber es gibt Grund zur Vorfreude: Zum Ende der Wahlperiode wird es wieder Bilanzen geben, das Ritual wird neu aufgelegt, allerdings mit etwas anderem Gewicht. Schließlich heißt es dann, mit dieser Bilanz in die Wahlen zu gehen, um Stimmen zu werben, die bereits erzielten Erfolge als Grundstein für die künftigen zu preisen.

**| Thomas Drzisga**

P.S.: Der FDP ist es zu danken, dass die Thematik als Aktuelle Debatte am 13. November 2008 im Landtag behandelt wurde.

Mehr unter:  
[www.linksfraktion-lsa.de/newsletter\\_fraktion](http://www.linksfraktion-lsa.de/newsletter_fraktion).

# iVamos!

Landesparteitag wählte im September 2008 eine neue Landesgeschäftsführerin

■ Sie will „in Zukunft bessere Voraussetzungen für mehr familienfreundliches Arbeiten in unserer Partei schaffen.“

Jenny Schulz weiß, wovon sie spricht - während des Parteitages im September 2008 wird sie so zu sagen als bestes Beispiel von den Delegierten zur neuen Landesgeschäftsführerin gewählt. Sie hält ein größeres Engagement von Frauen für unabdingbar bei der Entwicklung der LINKEN in Sachsen-Anhalt.

Die junge Frau, Politikwissenschaftlerin und Mutter von zwei Kindern, stellte sich entschlossen der Nachfolge von Michael Entrich, der zur Bundesgeschäftsstelle der LINKEN gewechselt hat. Sie erhielt mit 90,7 Prozent der Delegiertenstimmen ein klares Votum. Ihre Erfahrungen im Personal- und Ausbildungsbereich, in der Politik, im Wahlkreis und nicht zuletzt an der Basis sind vielfältig und prägend. Noch in einem Praktikum untersuchte sie 2004 die Stärken und Schwächen des Landesverbandes und beendete kurz danach erfolgreich das Studium der Politikwissenschaft und Soziologie in Halle und Magdeburg.

Als Vorstandsmitglied im Stadtverband Magdeburg kennt sie die Stimmung an der Basis und arbeitete seit 2006 im Wahlkreisbüro des Bundestagsabgeordneten der LINKEN Jan Korte. Diese Arbeit im Wahlkreis bietet ihr nach eigener Einschätzung wichtige Anknüpfungspunkte für die neuen Aufgaben in der Geschäftsführung: „Meine Tätigkeit hat mir auch in landes- und bundespolitische Bereiche einen Einblick gegeben, und nicht zuletzt war Organisation und Öffentlichkeitsarbeit ein Schwerpunkt. Diese Zeit hat mir sehr viele Erfahrungen, Eindrücke beschert, die ich nicht missen möchte.“

Doch ihr Blick reicht auch über die Grenzen von Sachsen-Anhalt hinaus, die 34-

Jährige hat eine starke Bindung zum lateinamerikanischen Kontinent, dort lebte sie einige Zeit. „Nach meiner Rückkehr wollte ich meine politische Arbeit zunächst auf diesen Bereich orientieren. Mit der Geburt meiner Tochter wurde mir aber klar, dass es ebenso nötig ist hier bei uns die Welt zu verändern, denn alternative Perspektiven für die Zukunft sind unumgänglich, schon um unserer Kinder Willen“.

Vor der Wahl fasste der Landesparteitag einen Struktur- und Entwicklungsbeschluss für den Landesverband bis zum Jahr 2013. Die Mitglieder- und Personalentwicklung, die öffentliche Präsenz und Kommunikation, die Fähigkeit, Aktionen, Kampagnen und natürlich Wahlkämpfe zu führen und zu finanzieren sind Schwerpunkte, für die Jenny Schulz entscheidende Verantwortung mit übernommen hat. Es geht um handlungsfähige und finanzierbare Strukturen, auch zukünftig. Die LINKE in Sachsen-Anhalt braucht nicht nur mehr neue Mitglieder, sondern auch ein Mehr an aktiver, kompetenter und vernetzter Mitgliedschaft mit einem wirksamen emanzipierten Ehrenamt. Nur so sind die anstehenden Wahlkämpfe und Kampagnen bei sinkendem Personalbestand realisierbar. Gemeinsam mit den Kreisverbänden und Parteizusammenschlüssen wird die neue Landesgeschäftsführerin nach kreativen Lösungen suchen, nicht zuletzt auch bei der Finanzierung der Landespartei.

„Die künftigen Aufgaben werden mich rücksichtslos fordern“ sagt Jenny Schulz und sie wird sie engagiert in Angriff nehmen.

| Joachim Spaeth



Jenny Schulz

## Termine

### PARTEI/LANDESVORSTAND

**6.12.2008, 10.00 Uhr** -

Beratung mit den **Kreisvorsitzenden** und **Wahlworkshop**

**13.01.2009, 18.00 Uhr** -

**Neujahrsempfang** der Landtagsfraktion

**24./25.01.2009** -

**Klausurberatung** von Landesvorstand und Landtagsfraktion

**14.02.2009, 10.30 Uhr** -

**Beratung des Landesausschusses**, Magdeburg

**28.2./1.3.2009**

**Europaparteitag und VertreterInnenversammlung** in Essen

### ROSA LUXEMBURG STIFTUNG SACHSEN-ANHALT (Auswahl)

**Reihe „Filme und zeithistorische Gespräche“**

**14. 01.2009**, Magdeburg, Kulturzentrum Moritzhof, Moritzplatz 1

**Lesung mit Gunnar Kunz** und Aufführung des Films »Rosa Luxemburg«

**Bildungspolitische Konferenz**

**07.03.2009**, Magdeburg, Landtag, Domplatz 6-9

**„Bildung, die ankommt“**

**Geschichtspolitische Konferenz**

**09.05.2009**, Magdeburg, Büro- und Tagungs-Center, Rogätzer Str. 8

**„Luxemburg, Liebknecht - und die Freiheit der Anderen“**

**Ansprechpartner:** Dirk Rumpf, 0391-25191473, info@rosaluxsa.de

### Bildnachweis

Stephen Coburn - Fotolia.com (1)

Kurt MISAR - Fotolia.com (2)

Joerg Krumm - Fotolia.com (5)

Mario Grünwald (6, 12, 13)

Andre Günther [view7] - Fotolia.com (9)

jorisvo - Fotolia.com (11)

Jared Hudson - Fotolia.com (14)

Silvio Verrecchia - Fotolia.com (14)

binagel - Fotolia.com (14)

# Nun sag, wie hast du's mit der DDR?

Neue Gretchenfragen und das Jahr 2009 – Eine Annäherung

■ Es bedurfte nicht erst des Antrages des CDU-Bundesvorstandes an den bevorstehenden Parteitag<sup>1</sup>, um klar zu machen, dass DDR-Geschichte oder das, was man dafür hält, in den kommenden Monaten ein Konjunkturoberhoch erleben wird. Zu besagtem Papier hat Ministerpräsident Böhmer (CDU) durchaus Notwendiges gesagt: „Es kann doch nicht sein, dass die CDU die einzige Partei ist, die nicht weiß, dass es zu DDR-Zeiten eine Ost-CDU gab.“<sup>2</sup> Wer selbst geschichtslos ist, sollte sich nicht zur Geschichtslehrerin aufschwingen, nicht einmal zur Geschichtsklitterin. Davor warnt selbst Böhmer.

Was geschieht nun eigentlich? Nicht zuletzt das Nahen des Jahres 2009 mit seinen runden Jubiläen, so u.a. dem 60. Jahrestag der Gründung der DDR. Und das alles im Umfeld von Wahlen, die wieder einmal über das Schicksal der Nation entscheiden werden. Eigentlich wie immer, eines aber ist neu: eine erstarkte LINKE. Das tut nicht einfach weh, das erzwingt neue Überlegungen und bedroht scheinbar das christliche Abendland – in Deutschland jedenfalls – in seinen Grundfesten.

Also wird zum Sammeln geblasen, zur ideologischen Großoffensive. Der von der CSU angesagte, allerdings kläglich versandete Kreuzzug gegen besagte LINKE war bestenfalls ein schaler Vorgeschmack, Indiz zugleich dafür, dass das Thema wohl so wahlentscheidend nicht sein wird. Die CDU dürfte mit dem o.g. Papier längst nicht am Ende ihres Lateins sein.

Das Arsenal ist bekannt, Goethe umreißt es in seinem „Faust“ gar trefflich:

*Denn eben wo Begriffe fehlen,  
Da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein.  
Mit Worten läßt sich trefflich streiten,  
Mit Worten ein System bereiten,  
An Worte läßt sich trefflich glauben,  
Von einem Wort läßt sich kein Jota rauben.*

Sie sollen uns überrollen, die Worte: „40 Jahre politisches Unrecht“, „Unrechtsstaat“, „SED-Regime“, „Misswirtschaft“,

„delegitimiert“ – das alles ließe sich fortsetzen.

Bleiben wir beim „Unrechtsstaat“. Um diesen Begriff rankt sich vieles, letztendlich wird daran fest gemacht, wie man es denn hält mit der DDR. Was macht den Rechtsstaat, das scheinbare Gegenteil, aber aus? Im World Wide Web ist dazu vieles zu finden, interessanterweise wird als Gegensatz zum Rechtsstaat nicht selten die Diktatur genannt, der „Unrechtsstaat“ scheint eher ein politischer Kampfbegriff zu sein. Laut lexexakt.de<sup>3</sup> geht es beim Rechtsstaat um Gewaltenteilung, Grundrechtsgewährleistung, Normenhierarchie, Bindung der Verwaltung an das Gesetz, Rechtssicherheit, Rechtsschutz durch unabhängige Justiz, um das Gewaltmonopol des Staates. Ähnliche Definitionen lassen sich engros finden, bleiben wir bei dieser. Sucht man nach dem Begriff „Unrechtsstaat“ sind die Ergebnisse weitaus diffuser; hier dominieren Meinungsäußerungen anstelle klarer, normativ gefasster Definitionen. Das deutet schon auf den politischen Kampfbegriff hin.

Zu den Defiziten der DDR zählte u.a. das Fehlen einer unabhängigen Justiz (Problem der Gewaltenteilung – Hilde Benjamin erscheint in der Tat nicht als Inbegriff richterlicher Unabhängigkeit), das Fehlen allgemeiner, freier, gleicher und geheimer Wahlen, das Fehlen echter Meinungs- und damit auch Pressefreiheit. Eine Verwaltungsgerichtsbarkeit, die juristischen Widerstand gegen „amtliche“ Entscheidungen, staatliches Handeln also, überhaupt erst möglich macht, wurde in der DDR erst Ende der 80er Jahre ins Auge gefasst. Man mag es dabei bewenden lassen, denn deutlich wird: Die DDR war kein Rechtsstaat. Kein Rechtsstaat im Sinne der Aufklärung, im Sinne des Grundgesetzes, oft genug auch nicht im Sinne eigener DDR-Gesetzlichkeit.

Der Ältestenrat der LINKEN stellte im Juli dieses Jahres fest: „Nach unserer Auffassung gilt es deutlich hervorzuheben, dass in der sozialistischen Bewegung stets der

Kampf für die Durchsetzung und Verbesserung politischer und sozialer Menschenrechte, gegen Ausbeutung und Militarismus, gegen jede Spielart von Faschismus und Kolonialismus, für Frieden, Freiheit und Gleichheit im Mittelpunkt stand.“<sup>4</sup>

Aber kann dies so stehen bleiben? Noch einmal der Blick auf das Feld der Justiz: Das Strafrechtsergänzungsgesetz<sup>5</sup> der DDR vom 11. Dezember 1957 spricht von „Schädlingstätigkeit“, die (§§ 23, 24) mit Zuchthaus, in schweren Fällen mit dem Tode zu bestrafen war. Ist das die „Verbesserung politischer und sozialer Menschenrechte“, wie sie Demokratischer Sozialismus zum Ziel haben kann? Und wer bei dem Begriff selbst nicht zusammenzuckt, dem sei Victor Klemperers „LTI“ (Lingua Tertii Imperii) anempfohlen ... Dieses Gesetz entstand nach der Katastrophe des Juni 1953 in der DDR, nach der ungarischen Katastrophe, nach den Erschütterungen des XX. Parteitages der KPdSU!

Noch ein Wort zur Todesstrafe, das Thema drängt zu Vergleichen, zu Fragen. In der DDR wurde sie erst Ende der 80er Jahre abgeschafft<sup>6</sup>, in vielen Ländern, nicht zuletzt dem „Mutterland“ der Demokratie, den USA, ist sie bis heute grausame Realität. Mit der „Verbesserung politischer und sozialer Menschenrechte“ ist sie unvereinbar. Was bringt die vergleichende Frage, was die – möglichen – Antworten? Vom Standpunkt des Menschseins kann es immer nur eine Antwort geben: Die Todesstrafe ist vorbehaltlos, ohne Wenn und Aber abzulehnen. Warum? Sie ist etwas Unumkehrbares, und genau davor sollten Menschen sich hüten, das sollte ihnen ein Tabu sein. Und sei es des immer möglichen Irrtums wegen.

Nein, ein Rechtsstaat war sie nicht die DDR. Aber was dann? Genügen zwei Buchstaben, um alles zu sagen, zu erklären? „Unrechtsstaat“ als die allein seligmachende Formel?

Wer dies tut, macht es sich nicht nur recht einfach. Nein – er erklärt nichts, rein gar nichts. Aber er bietet mannigfache Angebote der Geschichtsverzerrung, der Geschichtsklitterei zumal. Der Begriff ist so diffus wie beliebig, ernsthafter Annäherung an Geschichte ist er nur hinderlich, nicht befördernd.

Was soll schließlich die Frage der „Legitimität“ der DDR? Die Frage nach einer Legitimität des Osmanischen Reiches, das mit seinen Heeren vor den Toren Wiens stand, ist eigenartigerweise so wenig ge-



Einsteigen oder aussteigen?

läufig wie die nach der Legitimität des Franco-Regimes, der Französischen Revolution oder der Sowjetunion. Warum wohl?

Die DDR war zunächst 40-jährige Realität. 40 Jahre, das sind Generationen von Menschen, die die Geschichte dieser Realität geschrieben haben, ohne es sich immer bewusst zu machen, wohl auch, ohne es immer zu wollen. All diese Generationen haben in der Geschichte ihre Geschichten, jedes einzelne Individuum. Diese Geschichten sind in der Summe nicht die Geschichte, aber ohne diese Geschichten gäbe es keine Geschichte.

Und in diesen Geschichten kommt dann nicht selten – wörtlich oder sinngemäß – die Feststellung, es sei doch nicht alles schlecht gewesen. Dem folgen dann Aufzählungen zu diesem und jenem. Aber Vorsicht: Der Satz, es sei doch nicht alles schlecht gewesen, wird der DDR so wenig gerecht wie ihre Reduzierung auf den „Unrechtsstaat“.

Die DDR war kein Warenhaus, in dem es freundlich-helle Abteilungen gab, und – na ja – auch ein paar weniger freundliche Kellerräume, mit denen schließlich nicht hauiert werden müsse.

Die DDR war in all ihrer Komplexität eine Einheit, und so bitter es vielen klingen mag: Hier findet der Satz „Die Politik der SED ist unteilbar!“ seine unheilvolle Bestätigung. Das eine war ohne das andere

nicht zu haben. Thomas Marxhausen hat unlängst dankenswerterweise auf diesen Umstand verwiesen: „Die ‚guten Seiten‘ der DDR waren ohne ihre ‚schlechten‘ nicht zu haben. Zum sicheren Arbeitsplatz gehörte die der Sicherheit zugängliche Kaderakte, das Wohnungsbauprogramm gab die Altstädte dem Verfall preis, ...“<sup>47</sup>. Substanziell ist dem kaum etwas hinzuzufügen, abgesehen von vielen Ergänzungen.

Und so stehen wir da mit unserem Latein, die Linke im weiten wie DIE LINKE im engeren Sinne. Die Debatte „40 Jahre DDR“ kommt unausweichlich, ihr ausweichen zu wollen wäre so töricht wie selbstzerstörerisch.

Auf einem frühen Plakat der PDS war zu lesen „Kopf hoch, und nicht die Hände“. Was macht es uns so schwer, sich der Diskussion zu stellen? Die eigene Unsicherheit, Befangenheit vielleicht zu dem, was war? Scham oder Angst vor Verletzung – der eigenen wie der anderer? Oder die Angst, nicht als „Sieger“ aus der Debatte hervorzugehen?

Was soll es aber für Siege geben in einer Debatte zu 40 Jahren, die nun schon fast 20 Jahre hinter uns liegen? Nur wer sich die eigenen Geschichten nehmen lässt, lässt sich doch auch die Geschichte nehmen. Vielleicht wollen dies einige der Protagonisten dessen, was mit dem benannten CDU-Papier schon angedeutet

ist: Geschichtstilung eben. Das aber wird auf die Urheber zurückfallen – ob sie es begreifen oder nicht: Ihre eigene Geschichte ist mit der anderen, so ungeliebten untrennbar verbunden. „Freiheit statt Sozialismus“ ist ja wohl als Eigenwerbung schlecht vermittelbar, wenn vom Gegenpart bestenfalls noch ein Pappkamerad übrig ist.

Aber auch das linke Denken und Handeln ist vor der Gefahr nicht gefeit: Nicht Nischen geben LINKS eine Daseinsberechtigung, mögen die nun in der Vergangenheit oder einer glücklicheren Zukunft angesiedelt sein. Hic Rhodus, hic salta – das muss für LINKS allemal gelten. Es gilt, die DDR endlich anzunehmen, in ihrer Vielgestaltigkeit, in den Geschichten ihrer Menschen, in ihrer Geschichte. Ohne Verklärung, mit Ehrlichkeit, ohne Schablonen und Schlagwörter, mit Verstehen, das nicht in blindes Verzeihen umkippt.

Wichtigeres aber, ob nun gerade Wahlen anstehen oder auch nicht, ist noch immer im Hier und Heute zu leisten, und da sei zum guten Abschluss noch einmal Thomas Marxhausen bemüht: „Die bürgerliche Gesellschaft reklamiert, Hort der Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und Chancengleichheit zu sein. Nehmen wir sie beim Wort!“ | **Thomas Drzisga**

*Notwendiges post scriptum:*

*Der Autor ist von Haus aus kein Historiker, er kommt ursprünglich aus dem Naturwissenschaftlichen, arbeitet aber seit langem in politischen Strukturen wie Zusammenhängen, bis 1989, und auch danach.*

*Im September 1996 hat sich bereits ein Landesparteitag der PDS ausführlich mit der Thematik befasst. Die Debatte wurde dokumentiert und ist mehr als lesenswert, der Text kann unter [drzisga@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de](mailto:drzisga@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de) angefordert werden.*

1] <http://www.cdu.de/doc/pdfc/080915-beschluss-buvo-perspektiven-osten.pdf>

2] <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,583100,00.html>

3] <http://www.lexexakt.de/glossar/rechtsstaatsprinzip.php>

4] [http://die-linke.de/partei/weitere\\_strukturen/berufene\\_gremien/der\\_aeltestenrat\\_der\\_partei\\_die\\_linke/erklarungen\\_und\\_stellungnahmen/anregungen\\_zum\\_umgang\\_mit\\_der\\_geschichte/](http://die-linke.de/partei/weitere_strukturen/berufene_gremien/der_aeltestenrat_der_partei_die_linke/erklarungen_und_stellungnahmen/anregungen_zum_umgang_mit_der_geschichte/)

5] <http://www.verfassungen.de/de/ddr/strafrechts-ergaenzungsgesetz57.htm>

6] <http://www.spiegel.de/panorama/zeitgeschichte/0,1518,494202,00.html>

7] <http://www.neues-deutschland.de/artikel/138174.die-guten-und-die-schlechten-seiten.html>

8] ebenda

# Die Demokratisierung der Demokratie...

...mit Hilfe eines Grundeinkommens?

■ In der vorangegangenen Ausgabe des Magazins erläuterte Henriette Quade den unterdessen beschlossenen Antrag des Landesvorstandes „Demokratisierung der Demokratie“ an den Landesparteitag im September. Ich will mich nun auf zwei der angesprochenen Schwerpunkte beziehen und die Sicht um die Perspektive linker emanzipatorischer Grundeinkommensbefürworter erweitern. Dabei möchte ich es nicht versäumen, zunächst das bedingungslose Grundeinkommen (bGE) zu definieren.

Das bGE ist ein allen Menschen persönlich, bedingungslos, ohne Prüfung der Bedürftigkeit garantiertes Einkommen, das in Teilhabe sichernder Höhe und ohne Arbeitszwang ausgezahlt wird. Es unterscheidet sich damit fundamental von Hartz IV.

Der Demokratieantrag problematisiert unter anderem, dass mit dem Bilde des Sozialstaates das Kind der Demokratie gleich mit ausgeschüttet wird. Diese Sicht auf heutige Sozialstaatspraxis teilen wir ausdrücklich und verweisen darauf, dass mit dem bGE die freie und gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben ermöglicht wird. Wenn

Teilhabe ein demokratischer Anspruch ist, dann erweist es sich als richtig, wenn wir das bGE als Demokratiepauschale definieren. Für Kritikerinnen und Kritiker des bGE sei an dieser Stelle angemerkt, dass sich dies auch auf die Teilhabe an Arbeit bezieht. Deshalb ist das bGE gleichfalls eine Ermöglichungspauschale. Es ermöglicht Arbeit und verhindert sie nicht. Selbst dann, wenn wir den Begriff Arbeit auf Erwerbsarbeit reduzieren.

Nun liest sich das so, als sei das bGE ein Allheilmittel für alle strittigen Fragen. Das ist sicher nicht der Fall, wie sich bei einem anderen im Demokratieantrag angesprochenen Problem erweisen soll, der sinkenden Wahlbeteiligung, dem schwindenden Vertrauen in die Problemlösungskompetenz von Parteien und der sinkenden Bereitschaft vieler Menschen, sich aktiv in politische Diskussions- und Entscheidungsprozesse einzubringen. Ich glaube, dass wir hier eine nicht einfache Schwierigkeit der heutigen Demokratie feststellen müssen. Einerseits wurden selbst die Politikerinnen und Politiker, beginnend in der Schröderära, durch den um sich greifenden Kommissionstotalitarismus entmündigt. Hier sei nur an die von Bert Rürup und von Peter Hartz geleiteten Kommissionen erinnert. Ergebnisse ihrer Arbeit wurden lange bevor sie ins Parlament gelangten durch die Medien präsentiert, einseitig diskutiert und bereits Vorentscheidungen getroffen. Andererseits finde ich, ist das Verhalten der Parteien ein Teil des Problems. Schwindendes Vertrauen hat u.a. mit der von den Parteien beanspruchten Deutungshoheit über die Kernfragen der gesellschaftlichen Entwicklung zu tun. Was man an der Diskussion um das Grundeinkommen sehr schön beobachten kann. Politikerinnen und Politiker aller Parteien, auch der LINKEN, weigern sich, Realitäten anzuerkennen, und wollen verzweifelt die heutigen und künftigen gesellschaftlichen Aufgaben in einer sich verändernden Welt mit den Problemlösungskompetenzen von gestern meistern.

Das bGE gibt uns ein Instrument in die Hand und bietet zumindest die Möglichkeit, sich frei für Tätigkeiten im Bereich der Erwerbsarbeit und auf den, heute nicht mit Einkommen verbundenen Gebieten der Familienarbeit oder der gemeinnützigen Arbeit zu entscheiden. Demokratische Sozialistinnen und Sozialisten, für die Freiheit ein hohes Gut ist, erlauben dabei auch Fehler.

Gleichzeitig mache ich darauf aufmerksam, dass das bGE eine hochkomplexe Wirkung hat und sich nicht nur auf Sozialpolitik konzentriert. Es geht um die Beantwortung wichtiger Zukunftsfragen. Wie wollen wir morgen arbeiten und leben?

Wie wollen wir Mitspracherechte in der Wirtschaft organisieren? Was brauchen Menschen für ein gutes Leben? Welche Möglichkeiten haben wir, um menschliches Zusammenleben in einer globalen Welt nachhaltig, friedlich und gerecht zu gestalten?

Dabei wird sich eine offene Diskussion um das bGE als ein äußerst demokratischer Vorgang erweisen. Deshalb laden wir alle Kritikerinnen und Kritiker des bGE hiermit recht herzlich ein, diese Themen gemeinsam mit uns zu diskutieren. Nur Kritik ermöglicht es uns, unseren Blickwinkel zu verändern, unsere Argumente zu schärfen und die Entscheidung für ein bGE demokratisch zu treffen. Ende November ist das Thema Grundeinkommen gemeinsam mit der Landesarbeitsgemeinschaft Schwerpunkt des Landesvorstandes der LINKEN in Sachsen-Anhalt.

[www.die-linke-grundeinkommen.de](http://www.die-linke-grundeinkommen.de)  
[www.grundeinkommen.de](http://www.grundeinkommen.de)  
[www.freiheitstattvollbeschäftigung.de](http://www.freiheitstattvollbeschäftigung.de)



Katja Kipping spricht zum Grundeinkommen in Halle-Neustadt



**Wolfgang Geutjes**  
 ist Sprecher der  
 LAG Grundeinkommen.

# Europa? Europa!

■ Als es vor 20 Jahren mit der SED und der DDR zu Ende ging, hat es vielen den Aufbruch in die neue Zeit erleichtert, dass die Perspektive ein europäisches Deutschland war – und nicht ein deutsches Europa. Dieser Satz von Thomas Mann spannte ein einendes Band von Gregor Gysi bis Hans-Dietrich Genscher und Helmut Kohl. Es war auch diese Dimension der europäischen (und internationalen) Einbindung und Verantwortung, die dazu führte, dass die Oder-Neiße-Linie als deutsch-polnische Grenze anerkannt wurde. Dass für Deutschland und Polen eine Perspektive von Freundschaft und Kooperation auf stabiler gemeinsamer Grundlage eröffnet wurde.

Und Ostdeutschland? Die hiesigen Bundesländer finanzieren ihre Haushalte noch immer vor allem aus Zuweisungen des Bundes und eben der EU – wobei die Zuwendungen aus den europäischen Strukturfonds auf der Einnahme-Seite nach wie vor den größten Posten ausmachen. Die Mittel fließen in produktive Investitionen, Infrastruktur und Umwelt. Und zwar in beträchtlichem Umfang. Ostdeutschland war und ist vorrangiger Adressat von EU-Unterstützung (Ziel-1-Förderung) zum Abbau wirtschaftlicher Divergenzen. Dies geschieht angesichts des geringen Pro-Kopf-Bruttoinlandsproduktes seit Anfang der 90er Jahre. Andererseits: Wo die Treuhand dem Kahlschlag freien Lauf gelassen hatte, sorgte die strukturpolitische Förderung der EU für Wachstums- und Beschäftigungseffekte, für eine Vergrößerung des Kapitalstocks und eine Modernisierung von Wirtschaftssektoren.

So hielten am Vorabend der deutschen Ratspräsidentschaft 59 Prozent der Deutschen die EU-Mitgliedschaft für eine gute Sache; 49 Prozent meinten sogar, dass das „Nettozahlerland“ Deutschland von der EU profitiert. Das war 2006 – ein Jahr nach Scheitern der EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden. Offensichtlich gibt es tiefer liegende Dinge, die das Verhältnis zu Europa, zur EU ausmachen. Das Gefühl zum Beispiel, Europäer zu sein: 57 Prozent der Deutschen erleben es manchmal oder oft – etwas öfter, als dies im EU-Durchschnitt der Fall ist. Mehr als jeder zweite Deutsche geht davon aus, dass sich die EU-Länder in ihren zentralen Werten ähneln. Drei Viertel der Deutschen befürworten eine Europäische



Verfassung – wie nach den gescheiterten Referenden übrigens auch Mehrheiten in den Niederlanden und in Frankreich.

Das ist die Sonnenseite der europäischen Dimension. Die Schattenseite besteht zunächst aus Vorurteilen: EU-Hilfen – das sind alberne rote Fahrradwege. Doch das Problem sind nicht die Radwege, sondern die Frage, ob gerade die Radwege der dringendste Bedarf waren. Wenn nicht – wer ist schuld? Ehe EU-Gelder ausgegeben werden, sind die Länder am Zug: Sie erstellen „Operationelle Programme“, in denen genau festgeschrieben wird, was gefördert wird – und was nicht.

Dennoch: Das Feindbild von den „Eurokraten“ hält sich. Eurokraten – das sind Menschen, die sinnlose und falsche Verordnungen erlassen. Zum Beispiel über die Krümmungen von Bananen und Gurken. So etwas geschieht, wenn Standards festgelegt und vereinheitlicht werden. Als in Deutschland vor langer Zeit die DIN festgeschrieben wurden, schüttelten viele über vieles auch den Kopf.

Es gibt aber auch Verordnungen wie die Dienstleistungsrichtlinie: Verordnungen, in denen die falschen Standards vereinheitlicht und die richtigen erst gar nicht angepackt werden. Dann wird aus Wettbewerb organisiertes Sozialdumping. Verantwortlich sind in der Tat Menschen, die ihre Legitimation nicht von den Bürgerinnen und Bürgern, sondern von den Regierungen beziehen. Nachvollziehbar

also, dass dann nicht nur die Eurokraten, sondern auch die nationalen Regierungen ins Fadenkreuz von Kritik und Abrechnung geraten. Nachvollziehbar auch, dass die jeweiligen nationalen Oppositionsparteien diesem Bedürfnis Stimme und Gewicht verleihen.

Damit allerdings gehen auch sehr handfeste Gefahren einher: Idee und Perspektive der europäischen Einigung geraten aus dem Blickwinkel, Chancen werden übersehen, Herausforderungen ignoriert, Handeln durch Propaganda ersetzt. Im Interesse der Bürgerinnen und Bürger ist dies nicht.

Die Menschen wissen – nicht erst seit der Finanzkrise –, dass wir im Inneren nicht voran kommen, wenn wir die äußeren Umstände nicht in Griff bekommen. Das Hauptinstrument dafür aber ist die Europäische Union – die, die wir haben, aus der wir das Beste machen und die wir Schritt für Schritt besser machen können. Nicht eine andere, die es nur auf dem Reißbrett gibt. Daran muss sich Politik messen lassen. Hier und heute. Und in einem Jahr. Dann gibt es Europa-Wahlen.



**Dr. Thomas Falkner**

ist Politikberater der LINKEN im Landtag von Brandenburg.

# Von Geld und Bananen

Die hochschulpolitische Konferenz der Landtagsfraktion

■ Auf den ersten Blick ist vieles einfach. Wer würde nicht unterschreiben, dass Bildung, Wissenschaft und Innovation entscheidend für die Zukunft Deutschlands und Sachsen-Anhalts sind und dass Hochschulen dabei eine entscheidende Rolle spielen? In solchen oberflächlichen Bekundungen ist sich die „Bildungsrepublik“ Deutschland einig. Nur das Geld fehlt – doch auch darüber herrscht Einklang.

Nicht nur, um über Geld zu reden, hatte die Landtagsfraktion der LINKEN gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Vertreter von Hochschulleitungen, Studierende und Mitarbeiter, Gewerkschafts- und Verbandsfunktionäre am 8. November zur hochschulpolitischen Konferenz eingeladen. Es ging auch darum, die eigenen Positionen zu den inhaltlichen und strukturellen Bedingungen für gute Hochschulen vorzustellen und in Diskussionen zu testen und zu schärfen.

Zentrale Forderung der LINKEN ist seit langem die soziale Öffnung der Hochschulen. Dass nur 23 von hundert Arbeiterkindern ein Studium beginnen, aber

86 von hundert Akademikerkindern, ist nicht nur sozialpolitisch skandalös. Die Potenziale des Landes müssen auch vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels wesentlich besser gehoben werden. Studiengebühren haben da, wie jüngste Studien zeigen, eine abschreckende Wirkung.

Zudem können die Bundesländer die Hochschulfinanzierung nicht alleine schultern. Die Föderalismusreform I hat hier mehr Probleme hinterlassen als gelöst, denn das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern verhindert notwendige Investitionen und führt zu einem ruinösen Wettbewerb unter den Ländern; es muss wieder fallen. Die LINKE tritt außerdem für einen nationalen Bildungspakt zwischen Bund und Ländern ein. Zudem muss es einen Bildungsfinanzgleich unter den Ländern geben, der den Ländern wirkliche Anreize für Investitionen in Hochschulen und Studienplätze gibt.

Die Auswirkungen der Unterfinanzierung wurden auf der Konferenz breit diskutiert. Ingrid Stude sprach für die Beschäftigten

der Hochschulen und wies auf die in vielen Bereichen prekären Arbeitsverhältnisse hin. Der Wissenschaftsrat, ein eher konservativ ausgerichtetes Gremium aus Wissenschaft und Politik, hat kürzlich die zusätzlich nötigen Mittel allein zur Verbesserung der Hochschullehre auf bundesweit 1,1 Milliarden Euro beziffert, ohne dass davon ein zusätzlicher Studienplatz finanziert wäre. Klaus Erich Pollmann peilte kurz über den Daumen und erklärte, die Hochschulen in Sachsen-Anhalt bräuchten theoretisch ganze 50 Prozent, also ca. 150 Millionen mehr. Wulf Gallert, Fraktionsvorsitzender der LINKEN, nahm daher das gesamte System der Finanzierung öffentlicher Haushalte in den Blick. So entscheidet sich die Frage, ob man gute Bildung finanzieren kann, eben auch an bundespolitischen Entscheidungen, beispielsweise zur Erbschaftsteuer. Solange diese aber woanders falsch getroffen werden, muss DIE LINKE in Sachsen-Anhalt mit dem entsprechenden Landeshaushalt auskommen und zumindest die wichtigen hochschulpolitischen Strukturentscheidungen in den Blick nehmen. So fordert DIE LINKE im Einklang mit den Hochschulen mehr Hochschulautonomie. Sie ist – nicht nur im Hinblick auf die Freiheit von Forschung und Lehre – der staatlichen Detailsteuerung vorzuziehen. „Meistens gewinnt nicht der, der größer ist, sondern der, der schneller ist“, so auch Armin Willingmann. Im Verhältnis zwischen Staat und Hochschulen sollte der Staat lediglich die finanziellen und strukturellen Rahmenbedingungen bereitstellen. Hierzu würden in einem ko-



Die hochschulpolitische Konferenz am 8. November 2008



Andreas Geiger

operativen Prozess Zielvereinbarungen zwischen Hochschulen und Land ausgehandelt. Herr Willingmann wies aber auch zurecht darauf hin, dass die Hochschulautonomie gerne auch als Kampfbegriff gegen die Hochschulen gewandt werde, um Kürzungen durchzusetzen und deren unangenehme Auswirkungen in die Verantwortung der Hochschulen zu verlagern. Ein heikler Punkt! Für DIE LINKE muss die Beteiligung aller Mitglieder der Hochschule sichergestellt sein – mehr Hochschuldemokratie statt weniger. So könnten die Hochschulen nicht nur demokratischer sondern auch innovativer werden – Innovation durch Partizipation. Der vermeintliche Verlust staatlicher Kontrolle würde durch eine Hochschulsteuerung kompensiert, in deren demokratischen Prozessen sich die gesellschaftlichen Debatten widerspiegeln. Autonomie und Demokratisierung sind also zwei Seiten derselben Medaille.

Petra Sitte brachte in der Diskussion einen weiteren Punkt zur Sprache: „Welche Probleme hätten die Hochschulen denn, wenn sie ausfinanziert wären?“ Antworten gaben Konstantin Bender und andere Studierende. So habe etwa die Bologna-Studienreform mit der Ersetzung von Diplom- und Magisterstudiengängen durch das Bachelor-Master-System viele Probleme geschaffen oder verschärft. Sie sei daher schlicht eine „Bananenreform“ – unreif eingeführt, sollte sie im Prozess reifen; die Studierenden aber erleben meist chaotische Studienverhältnisse, Verschulung des Studiums inklusive Stoffverdichtung und im Ergebnis chronische Überlastung. So ist die Qualität der Lehre selbst derzeit in der hochschulpolitischen Debatte – gespiegelt im Referat von Andreas Geiger, Vizepräsident der Hochschulrektorenkonferenz. Nach Ansicht der LINKEN bedarf es auch in der Lehre dringender Anstrengungen. Aus Hochschul-sicht ist sie, so Klaus Erich Pollmann, der eigentliche Innovations- und Technologietransfer.

Doch die Rolle der Hochschulen erschöpft sich nicht in der des Motors für wirt-



Ingrid Stude



Konstantin Bender

schaftlichen Fortschritt. Peer Pasternack wies in seinem Vortrag zu Recht auf ihre Rolle als „Verteilungsagenturen gesellschaftlicher Teilhabechancen und sozialen Aufstiegs“ hin. Da gibt es – die Linksfraktion hat es gezeigt – viel zu tun. Die Linksfraktion hat mit ihrem vorgestellten Positionspapier die Diskussion angestoßen. So hat die Konferenz nach Ansicht von Ingrid Stude auch schon etwas erreicht: „Es gibt in der Hochschulpolitik viele Kommunikationsbrüche, und diese Konferenz war wichtig, um sie zu überwinden.“

Das hochschulpolitische Positionspapier der LINKEN im Landtag von Sachsen-Anhalt ist zu finden auf [www.linksfraktion-lsa.de](http://www.linksfraktion-lsa.de) oder [www.hendriklange.de](http://www.hendriklange.de)

#### STIMMEN VON DER KONFERENZ:

**Armin Willingmann**, Präsident der Landesrektorenkonferenz und Rektor der Hochschule Harz: „Wir wehren uns gegen die Vorstellung von der Hochschule als nachgeordneter Behörde.“

**Klaus Erich Pollmann**, Rektor der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg: „Die Lehre an den Hochschulen ist der eigentliche Wissens- und Technologietransfer.“

**Konstantin Bender**, GEW-Landesausschuss der Studentinnen und Studenten Rheinland-Pfalz: „Die soziale Dimension des Bologna-Prozesses ist von der Politik bisher überhaupt nicht beachtet worden. Das zeugt von verfehlter politischer Prioritätensetzung.“



Armin Willingmann



Peer Pasternack



Klaus Erich Pollmann

**Andreas Geiger**, Vizepräsident der Hochschulrektorenkonferenz und Rektor der Hochschule Magdeburg-Stendal: „Ich möchte eine Lanze für Bologna brechen. Sicherlich ist einiges schief gelaufen, aber es ist auch die größte Studienreform seit dem Krieg.“

**Ingrid Stude**, Vorsitzende der GEW-Hochschulgruppe der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg: „Nicht nur die Studierenden, auch der Mittelbau musste die Studienreform erleiden.“

**Peer Pasternack**, Forschungsdirektor am Institut für Hochschulforschung Wittenberg: „Hochschulen sind als staatliche staatsferne Einrichtungen ein lebendiger Widerspruch. Das heißt, es gibt keine idealen Lösungen. Es wird immer Diskussionen geben und geben müssen.“



**Hendrik Lange** ist der hochschulpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt.



# Wie unsere Nachbarn Weihnachten feiern

Ein kleiner Exkurs durch Europa

■ In **Frankreich** ist Weihnachten das wichtigste Familienfest im Jahr. Am Heiligen Abend trifft man sich zu einem guten und reichlichen Essen. Man ist so fröhlich und ausgelassen, dass von einer stillen Nacht überhaupt keine Rede sein kann. Während die Familien die Mitternachtsmesse besuchen, legt Père Noël heimlich für die Kinder die Geschenke unter den Weihnachtsbaum, die sie aber erst am Weihnachtsmorgen auspacken dürfen. Die Erwachsenen bekommen ihre Geschenke gar erst zu Silvester. Gefeierte wird im Norden Frankreichs unter dem Weihnachtsbaum, während in Südfrankreich Krippen mit Tonfiguren in volkstümlichen Trachten des 19. Jahrhunderts die Wohnungen schmücken.

In **Tschechien** dauert die Weihnachtszeit vom 6. Dezember bis zum Dreikönigstag. Bereits am 5. Dezember erscheint der Nikolaus mit dem kleinen Tschert, dem Teufel, der den unartigen Kindern höllische Angst bereiten soll. Die Kinder schreiben Wunschzettel an den Weihnachtsmann, ein Tannenbaum wird geschmückt. Am Weihnachtsabend gibt es ein feierliches Essen mit Fischsuppe und gebratenem Karpfen, von dem man sich eine Schuppe als Glücksbringer in die Geldbörse steckt. Die Geschenke bringt der Weihnachtsmann nach dem Essen. Und dann geht man zur Mitternachtsmesse. In Böhmen werden zu Weihnachten Hirtenspiele zelebriert.

Feliz Navidad wünscht man sich zu Weihnachten in **Spanien**. Zu den Weihnachtstagen versammeln sich die Familien in ihren Heimatorten.

Den 24. Dezember verbringt man bei einem großen Familienessen. Um Mitternacht geht man zur Messe in die Kirche. Dort sind – wie auch in den Haushalten – prächtige Krippen aufgebaut, ein Weihnachtsbaum ist in Spanien nicht üblich. Wichtiger als der Heilige Abend ist der Dreikönigstag. Da ziehen die Heiligen Drei Könige mit ihrem Gefolge auf richtigen Kamelen unter dem Jubel der Leute in die Ortschaften ein und bringen den Kindern die Geschenke, vorausgesetzt, diese haben ihre Schuhe auf die Balkone gestellt und Heu für die Kamele dazu gelegt.

Das **finnische** Weihnachtsfest hat sich aus einem alten Herbst- und Erntedankfest entwickelt. Davon zeugt heute noch der beliebte Strohsmuck „Himeli“, eine große Strohunruhe, die in der Weihnachtsstube von der Decke herabhängt. Typisch finnisch ist die gemeinsame Weihnachtssauna vor dem Heiligen Abend. Der finnische Weihnachtsmann, der einem Kobold ähnlich sieht, wohnt weit oben in Lappland und kommt mit seinem Rentierschlitten, die Familien zu beschenken.

In **Italien** wird die Geburt Christi am Dreikönigstag gefeiert. Die Weihnachtszeit beginnt acht Tage vor dem 25. Dezember und endet mit dem Dreikönigs-

fest. 24 Stunden vor Heilig Abend wird streng gefastet. Abends gehen die Familien zur Messe. Danach gibt es ein Festessen, das aus 10 Gängen besteht. Aus der „Urne des Schicksals“, einer Art häuslicher Lotterie, werden kleine Geschenke gezogen. Weihnachtsbäume gibt es in Italien kaum, dafür aber die Presepio, die Weihnachtskrippe mit dem Jesuskind, das liebevoll Bambinello genannt wird. An dieses richten die Kinder ihre Wunschzettel. Gebracht werden die Geschenke am 6. Januar von der Dreikönigshexe Befana. Sie kommt durch den Schornstein und ist deshalb ganz voll Ruß. Den guten Kindern bringt sie die gewünschten Geschenke, den bösen tut sie Kohlen oder Asche in die bereitgestellten Schuhe.

In **England** gehen die Kinder den ganzen Dezember hindurch von Tür zu Tür, singen ihre Christmas Carols und wünschen den Leuten Glück. Dafür werden sie mit Geschenken belohnt. Der Heilige Abend ist eine lustige Familienfeier mit Girlanden, bunten Bändern und Papierschlängen. Mistelzweige hängen über der Tür als Symbole der Liebe und des Friedens. Unter ihnen darf geküsst werden. Ein sorgfältig ausgewählter Holzklötz aus einem Weißdornstamm wird ins Haus geholt und im Kamin angezündet. Er brennt die ganzen Feiertage über. Am Weihnachtsabend hängen die Kinder ihre Strümpfe in den Kamin oder an den Bettpfosten. In der Nacht kommt dann Santa Claus durch den



Kamin gerutscht, um die Strümpfe mit Süßigkeiten zu füllen und Geschenke unter den Weihnachtsbaum zu legen. Die Geschenke dürfen erst am Weihnachtsmorgen ausgepackt werden, wenn die Kerzen am Baum angezündet sind.

Auch in **Ungarn** ist Weihnachten ein Familienfest. Öffentliche Plätze sind mit Weihnachtsbäumen geschmückt. In den Kirchen stehen die großen Krippen, kleinere Exemplare gibt es auch in den Haushalten. Der Tannenbaum zu Hause ist ein Muss. Er wird, so sagt man den Kindern, von den Engeln gebracht, geschmückt mit Engelshaar und eingewickelten Bonbons, dem sogenannten „Salonzucker“. Am 24. Dezember abends werden die Lichter am Baum angezündet. Es werden Lieder gesungen und die von den Erwachsenen heimlich unter den Tannenbaum gelegten Geschenke ausgepackt. Der Weihnachtsmann ist auch mit von der Partie. Ganz gleich, von welchem Wert die Geschenke sind, sie müssen eine Überraschung sein.

Weihnachten feiert man in **Schweden** im Kreis der Familie. In allen Häusern steht der aus Stroh geflochtene Julbock, der Glück bringen soll. Die Fenster sind mit Sternen geschmückt, die die Kinder gebastelt haben. Am Weihnachtsabend gibt es ein einfaches Essen mit Stockfisch und süßem Reisbrei. Der Weihnachtsmann mit den Geschenken kommt durch die Luft geritten. Es wird gesungen und um den Weihnachtsbaum herumgetanzt. Das große Weihnachtsessen folgt tags darauf mit einem gewaltigen Buffet.

---

#### Ina Meyer

ist Dramaturgin und Puppenspielerin.

---

## Odo von Aktenrath

### Abgeordneter

#### Lieber, sehr verehrter Freund,

man mag es kaum glauben – am Getier entzündeten sich die Geister doch immer wieder. Nicht nur der Hund, auch das liebe Federvieh muss herhalten. Ein neuer Koalitionsstreit ist geboren: Darf Ras-segeflügel nun an so genannten stillen Feiertagen auf Ausstellungen fröhlich gackern? Der Innenminister meint seit kurzem, das dürfe nicht sein, die Landwirtschaftskollegin meint, es dürfe doch seit Jahren schon sein. Und auch meine Koalitionskollegen meinen, die Vögel dürften! So fliegen die Fetzen, als gebe es nichts Wichtigeres auf dieser Welt. Ins Sonn- und Feiertagsgesetz, das diese Dinge regelt, scheint noch niemand so recht geschaut zu haben. Dafür soll es eine Sitzung geben, die alles abschließend klärt. Manchmal frage ich mich, warum die Leute für viel Geld in ein Kabarett gehen...

Auch das Plenum selbst gibt immer wieder Stoff für aufmunternde Reflektionen. Eigenartigerweise sind Debatten zur Bildungspolitik da besonders ergiebig. Eine Kollegin sprach hier im Hohen Hause, aber die rechte Aufmerksamkeit wollte nicht aufkommen. Folgerichtig wies sie den gerade amtierenden (stellvertretenden) Präsidenten auf den hohen Lärmpegel hin. Der erwiderte trocken, das könne auf einer Wechselwirkung beruhen. Nach leichter zeitlicher Verzögerung ging meiner Kollegin auf, was er da gerade gesagt hatte, zornschnaubend brach sie ihre Rede ab. Über das Problem möglicher Wechselwirkungen will ich hier solidarisch hinweggehen, aber hier ist der amtierende Präsident doch etwas zu weit gegangen.

Einen gewiss tragischen Verlust mussten die Linken hier hinnehmen, eine ihrer Abgeordneten verließ die Fraktion und auch die Partei. Was war geschehen? Nun, es war ruchbar geworden, dass sie vor geraumer Zeit Verschiedenes heimlich mitgeschnitten hat, so auch ein Telefongespräch mit ihrem Fraktionschef, in dem es pikanterweise um Listenplätze zur Landtagswahl gegangen sei, wie sie es selbst einer Zeitung berichtete. Das war den Linken wohl doch zu dumm, nur der Schritt der Dame selbst entthob sie eigenen Handelns. Ihr Mandat freilich

will sie nicht hergeben, wenigstens der Grundrechenarten scheint sie mächtig. Sie ist seit 1994 in diesem Landtag, 2011 wären das dann immerhin 17 Jahre. Gut, auch für die Rente.

Unser verehrter Präsident entwickelt in letzter Zeit Eigeninitiativen, die ich – wenigstens teilweise – als eher beunruhigend empfinde. Da fährt ein Ausschussvorsitzender mit seinem Fachminister nach Frankreich. Es sei ihm ja gegönnt, aber ohne Abmeldung, ohne Auftrag seines Ausschusses, das geht so nicht. Schließlich muss die Reise ja auch bezahlt werden, er selbst war auf diese Idee wohl gar nicht gekommen. Es gab Streit, öffentlich natürlich, und der Herr Präsident hatte nichts Eiligeres zu tun, als sich vor seinen Kollegen und Parteifreund zu werfen. Er selbst habe den Auftrag zur Reise erteilt, und der Landtag werde sie auch bezahlen. Wie nahe doch Größe und Einfalt beieinander liegen können. Zumal besagter Kollege dann auch nochforsch erklärte, wenn der Präsident ihn schicke, müsse er fahren. Das jedenfalls hat der Präsident nicht verdient. Im übrigen sagt die Fama, der Herr Ausschussvorsitzende sei dafür bekannt, dass Reisen des Ausschusses und damit auch seine eigenen einen durchaus beachtlichen Anteil seines Engagements für eben jenen Ausschuss ausmachten.

Aber weiter mit dem Präsidenten: Er gewährte einer großen Landeszeitung ein Interview. Wie es seinem Naturell entspringen mag, hatte er viel Freundliches zu sagen, an einem Punkt wohl etwas viel. Wenn er die Opposition im Hohen Hause als eine Muntere ansieht, so mag das ja noch angehen. Wenn er diese dann aber auch noch auffordert, sie möge doch Regierung wie Koalition mehr antreiben, auf dass diese ihre eigene Koalitionsvereinbarung auch ordentlich erfüllen, dann geht dies doch etwas weit. Ich mag mir ja meine eigene Fraktion nicht gerne in der Opposition vorstellen. Aber dass sie sich dann auch noch berufen fühlte, eben als Opposition die Umsetzung der Koalitionsvereinbarung zu forcieren – dies wiederum vermag ich mir nicht vorzustellen. Die Linken empfehlen, Kurse in politischer Bildung zu belegen ...

#### In freundlicher Verbundenheit Ihr v. Aktenrath

## Keine halben Sachen- Buchtipps für die Feiertage

Selbst wenn man den Rummel um die bevorstehenden Feiertage skeptisch erlebt, man kommt wohl um den Kauf des einen oder anderen Geschenks nicht herum. Daher diesmal gleich zwei Buch(kauf)tipps.



Sven Regener hat zunächst als Sänger der Band „Element of Crime“ Karriere gemacht, bevor er mit „Herr Lehmann“ (2001) sein furioses Roman-Debut hingelegt hat, welches das Jahr 1989 aus spezieller West-Berliner Sicht behandelt. Danach erschien „Neue Vahr Süd“ (2004), worin die Jugend und die Erlebnisse rund um die Bundeswehr von eben diesem Frank Lehmann erzählt werden. Nun ist mit „Der kleine Bruder“ die Trilogie abgeschlossen, und die Erzählstränge der beiden schon erschienenen Bänden werden verknüpft – dieser dritte Band greift die Zeit in den 1980er Jahren auf. Die Handlung spielt in knapp 48 Stunden, die Frank Lehmann auf der Suche nach seinem Bruder in die West-Berliner Hausbesetzer- und Anarcho-Szene führt. Mit einem Augenzwinkern wird der progressive „Underground“ und die Politisierung jener Jahre im „Westen“ lebendig.

SVEN REGENER

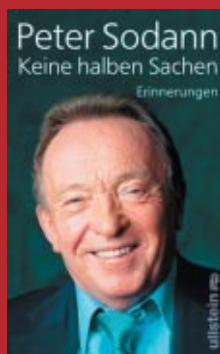
### **Der kleine Bruder**

281 Seiten, 19,95 Euro – Eichborn-Verlag 2008, ISBN: 978-3-8218-0744-7

Für Nichtleser gibt es auch die Hörbuchvariante:

### **Der kleine Bruder, gelesen von Sven Regener**

24,95 Euro – Verlag: Roof Music. ISBN-Nummer: 978-3938781791



„Keine halben Sachen“ macht Peter Sodann. Der Kandidat der LINKEN für das höchste Staatsamt hat in diesem Jahr seine Autobiografie vorgelegt. In 55 Stationen zwischen Kriegserfahrung und Gegenwart schildert er sein bewegtes Leben. Sein Lebensweg umfasst Höhen und Tiefen – diejenigen, die nur den Tatort-Kommissar Ehrlicher kennen, sollten in diesem „Geschichten-Buch“ von Meißen über Leipzig nach Berlin und Halle die DDR in unterschiedlichen Zeiten durchwandern. Vom Werkzeugmacher zum Schauspieler und Theaterintendanten führt dieser Weg – wenn man diese Erinnerungen liest, kommt man zum Ergebnis, dass er mit 72 Jahren ein guter Präsident werden könnte...

PETER SODANN

### **Keine halben Sachen – Erinnerungen**

226 Seiten, 19,90 Euro – Verlag: Ullstein März 2008 ISBN-13: 978-3550087219